

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kampfbeginn in der Metallindustrie.

Die Streikleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit: Die Streikleitung hat beschlossen, daß am 6. Juli folgende Betriebe in den Streik zu treten haben:

Ariadne, Ambi-Konzern, Akkumulatorenfabrik Oberhönow, Aka-Cylinder, Aig u. Genest, Gehrman u. Co., Anhaltische Maschinenfabrik, Borstgüter Metallwerke, Borstg., Berlin-Karlshagen Industriewerke, Cassirer u. Co., Bergmann, Seest., Deutsche Kabelindustrie, Kabelwerk Chtenberg, Telephonwerke Stod-Chtenberg, Deutsche Eisengießerei-Brih, Flohr, Chaussestr., Hartung-Chtenberg, Hartung, Wicelstr., Gebr. Israel, Jachmann-Borstgüter, Jaroslav-Weihensee, Jüsti-Adlershof, Knorr-Dremse Berlin und Oberspre, Coewe, Lorenz, Dr. Paul Meyer, Cgnarstr. und Dronthheimer Str., Kabelwerke Neutölln, Neue Messingwerke, Nitrolit, Drenstein u. Koppel, Pntus, Raboma, Roja, Riewe, Emil Steln, Pshajest, Stod-Motorflug, Berlin und Oberhönow, Sullstajz, Schuchardt, Neutölln, Schuchardt, Rungestr., Siemenskonzern, Siemens-Chtenberg, Armin Tenner, Werner, Chtenstr., Wolff, Lette u. Jacoby, Zink-Raffinerie, Zwietsch, Auleki u. Böhm, Vereinigte Isolatorwerke.

Weiter hat die Streikleitung beschlossen, daß Notstandsarbeiten auszuführen sind. Ueber die Art der Notstandsarbeiten ist der Streikleitung Mitteilung zu machen. In Streikfällen entscheidet die Streikleitung. Schwerkräftige Beschäftigte im Sinne des Gesetzes brauchen sich am Streik nicht zu beteiligen. Monteure, welche sich außerhalb Berlins auf Montage befinden, dürfen nur durch die Streikleitung zurückbeordert werden. Die Streikleitung. Reich.

Damit hat der Kampf in der Berliner Metallindustrie begonnen. Kein einsichtiger Mensch wird der Organisationsleitung das Zeugnis verweigern, alles getan zu haben, um diesen Kampf mit allen feinen Auswürfungen und möglichen Folgen zu vermeiden. Sie hat das getan im Bewußtsein der Schwere ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern, gegenüber der Öffentlichkeit und im Hinblick auf die wirtschaftliche Erschütterung, die ein derartiger Streik mit sich bringen muß. Sie ist auch weiter bestrebt — die vorstehenden Maßnahmen lassen dies erkennen —, den Kampf, soweit seine erfolgreiche Durchführung es zuläßt, zu lokalisieren. Sie hat alle diese Maßnahmen getroffen, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie sich dadurch den Angriffen aus den Reihen ihrer eigenen Mitglieder

aussetzt. Tatsächlich wird nicht nur von den Kommunisten in der unverantwortlichsten Weise gegen die Organisationsleitung gehet — von dieser Seite wundert man sich ja über nichts mehr —, auch von Mitgliedern, die den Kommunisten durchaus fernstehen, wird der Organisationsleitung der Vorwurf des Bremsens und der Verschleppung gemacht.

Wir möchten deshalb doppelt davor warnen, sich durch großspurige Redereien unverantwortlicher Elemente beeinflussen zu lassen. Die Metallarbeiter Berlins kämpfen einen sehr harten Kampf. Sie haben es mit einem Gegner zu tun, der nicht allein wirtschaftlich sehr stark ist, sondern der auch die Führung hat in dem Widerstande der Unternehmer gegen den ehrlichen Lohn. In diesem Kampfe ist unbedingt und eiserne Disziplin die Voraussetzung des Erfolges.

Für die Arbeiterschaft handelt es sich nicht um eine Machfrage. Sie will nur dem fortgesetzten himmelstreichenden Lohnbetrug ein Ende machen. Sie will, daß der Lohn, der tariflich vereinbart wird, auch wirklich gezahlt wird. Sie will nicht mehr das Opfer der Rentenwertung sein, auf deren Kosten sich die Reichen noch mehr bereichern. Wer wird den Arbeitern in diesem Bestreben seine Sympathie und tatkräftige Solidarität verweigern können!

In anderen Ländern ist die Vereinbarung mit einer werbeständigen Lohnklausel längst üblich. Auch die Unternehmer haben in ihren Lieferungsverträgen in irgendeiner Form werbeständige Preis Klauseln. Ist es nicht ein unerhörtes Skandal, wenn sie ihren Arbeitern verweigern, was sie für sich selbst ohne weiteres in Anspruch nehmen und damit zugleich die Arbeiter betrügen?

In Deutschland gibt es bereits Unternehmer, die in irgendeiner Form die Werbeständigkeit der Löhne anerkennen. Wir haben in dieser Beziehung vor einigen Tagen die Bestimmungen eines Reichstarifs der Bekleidungsindustrie angeführt. In unserer heutigen Nummer finden die Leser etwas Ähnliches aus dem Bankgewerbe für ganz Deutschland. Auch die Unternehmer des Berliner Einzelhandels haben sich grundsätzlich bereit erklärt, eine derartige Lohnklausel in den abschließenden Vertrag aufzunehmen. Bei einigem guten Willen geht es also auf gutlichem Wege, der außerdem den Vorteil hat, für die Zukunft das Element der fortgesetzten Unruhe auszuschalten. Es muß also auch in der Berliner Metallindustrie gehen.

Noch immer Verhandlungen.

Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Nuntius Pacelli sind bisher noch nicht abgeschlossen; vielmehr findet auch heute noch eine Besprechung statt. Bis zum Abschluß der Verhandlungen wird über die Besprechung selbst und ihr Ergebnis strengstes Stillschweigen bewahrt.

Der Papst warnt vor Repressalien.

Vorstellungen in Paris und Brüssel. Rom, 6. Juli. (W.B.) Auf die Nachricht von strengen Maßnahmen der französischen und belgischen Regierung in den besetzten Gebieten wegen des Attentats vom 30. Juni hat die Kurie die Nuntiatoren in Paris und Brüssel telegraphisch angewiesen, bei der französischen und belgischen Regierung Vorstellungen zu erheben und mitzuteilen, der Papst erwarte, daß keine Maßnahmen ergriffen würden, die zu noch stärkerer Erbitterung der Gemüter mit entsprechenden schmerzlichen Folgen führen würde.

England will nicht länger warten.

London, 6. Juli. (W.B.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ spricht die Hoffnung aus, daß die Ueberfendung der schriftlichen französischen Antwort auf Curzons Memorandum

Spätestens Ende dieser Woche

vollzogen werde; denn die britische Regierung könne die öffentliche Erklärung über ihre Politik nicht gut länger als bis zur ersten Hälfte der nächsten Woche aufschieben. Der Korrespondent erfährt, daß gegenwärtig ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen Paris und Brüssel im Gange sei. Nicht nur das belgische Kabinett, sondern auch der Führer der Liberalen Partei, Hymans, hege den Wunsch, daß zwischen Großbritannien und Frankreich die engsten und freundschaftlichen Beziehungen erhalten blieben. In Belgien sei man sehr besorgt über die Möglichkeit, daß die Einsetzung einer internationalen Sachverständigenkommission zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit das Ergebnis einer notgedrungenen

Sonderaktion der britischen Regierung

sein könne. Der Gedanke der Einsetzung einer solchen Sachverständigen-Kommission habe gewisse Verwandtschaft mit der Auffassung, welche die belgische Regierung und ihre Vertretung in der Reparationskommission vor einem Jahre bei der Zusammenkunft der internationalen Bankiers in Paris vertreten hätten. Belgien könne sich bei der Ruhrunternehmung nicht von Frankreich trennen, würde aber die geschäftlichen Grundzüge, die es bis vor kurzer Zeit unterstützt habe, nur widerwillig verteidigen. Auch sei Belgien ebenso besorgt über das Sinken seines Wechselkurses, wie es Italien über das Sinken der Lire sei. Der Korrespondent spricht die Vermutung aus, daß Poincaré gleichzeitig mit seiner Antwort Erklärungen

über die Erwartungen Großbritanniens bezüglich der deutschen Reparationszahlungen und der interalliierten Schulden an England einlegen werde.

Die von Baldwin im Unterhaus abgegebene Erklärung, in der betont wurde, daß das Januarangebot Englands abgelehnt und England daher frei sei, in dieser Sache so zu handeln, wie es ihm am zweckmäßigsten erscheine, habe in alliierten Kreisen große Bewegung hervorgerufen und auch in manchen britischen Kreisen überrollt. Diese

Vertiefung der amtlichen Haltung

sei wohl teilweise darauf zurückzuführen, daß die Ruhrbesetzung nach britischer Auffassung Deutschlands Zahlungsfähigkeit vermindert habe, und daher unvermeidlich dazu führen müsse, die Gesamtsumme der Entschädigungen unter dem im Januar von dem britischen Sachverständigen aufgestellten Betrag zu vermindern und somit Großbritanniens Anteil von 22 Prozent herabzusetzen. Man sei vielleicht der Ansicht, daß Großbritannien berechtigt sei, für den Verlust, der ihm durch andere zugefügt sei, eine Entschädigung zu suchen und seine Januarforderungen an die Alliierten zu erhöhen.

London, 6. Juli. (W.B.) Neuter erfährt, daß die englisch-französischen Besprechungen über die Reparationsfrage möglicherweise Ende dieser oder Anfang nächster Woche wieder aufgenommen werden würden. Man erwarte, daß dann die französische Regierung die von Curzon gewünschte schriftliche Antwort überfandt haben werde. Bisher lägen keine Anzeichen über den Charakter der französischen Antwort vor, wenn auch die französische Haltung in der Frage der Einstellung des passiven Widerstandes und der Räumung des Ruhrgebietes ungefähr bekannt sei.

Im südländischen Parlament sind acht deutsche Abgeordnete in die Opposition getreten, wodurch die Regierung Parisisch in eine schwierige Situation geraten ist.

Abwärts, abwärts . . . !

Die Börse stand heute völlig unter dem Einfluß des scharfen Rückganges der deutschen Mark an den gestrigen Auslandsbörsen. Der Devisenverkehr, dessen Verlauf nach der ersten Börsensunde sich kaum richtig übersehen ließ, legen außerordentliche Kaufaufträge besonders aus den Provinzplätzen vor.

Auf dem Effektenmarkte entwickelte sich wieder eine stürmische Aufwärtsbewegung, bei der Bankaktien, Valutapapiere und Schiffswerte die Führung hatten. Die Streikgefahr wurde von der Börse nicht sonderlich beachtet. Man steht völlig unter dem Eindruck des unaufhaltsamen Verfalls der deutschen Mark und läßt dabei alle Fichtungen und politischen Momente völlig außer acht. So wurde auch den Verhandlungen zwischen Reichskanzler und dem päpstlichen Nuntius von der Börse keine besondere Bedeutung beigemessen.

Die Streikbewegung.

Der Berliner Metallarbeiterstreik ist ein rein wirtschaftlicher Kampf. Aber daß wirtschaftliche Kämpfe von solchem Umfang nicht ohne politische Bedeutung sind, bedarf kaum eines näheren Nachweises.

Der verbrecherische Angriff des französischen Militarismus auf das Ruhrgebiet hat Europa in neue Verwirrung gestürzt und seine wirtschaftliche Befundung verhindert. Seit die Regierung Poincaré einsehen mußte, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nicht zum produktiven Pfand machen kann, kennt sie nur ein Ziel, durch eine Taktik der Abschmürung und Zermürbung den wirtschaftlichen und dadurch auch den politischen Niederbruch Deutschlands herbeizuführen.

Die englische Opposition gegen dieses Unternehmen hat bisher nur den einen Erfolg gehabt, die Hartnäckigkeit des Angreifers in der Verfolgung seiner Ziele zu steigern. Frankreich sucht an der Ruhr den Sieg über England.

Auf der anderen Seite trifft die Regierung Cuno der schwere Vorwurf, daß sie so gut wie alles zu tun unterlassen hat, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Deutschlands in diesem großen Kampfe zu festigen. Statt rechtzeitig energische Maßnahmen zu ergreifen, um ein Hinabsinken der Mark ins Bodenlose zu verhindern, hat sie in der Notensprelle das Allheilmittel erblickt. Kein Mensch wird behaupten, daß es in dieser Zeit möglich gewesen wäre, ein Sinken der Mark überhaupt zu verhindern. Wenn es nur gelang, die Fallgeschwindigkeit zu verringern und die Bewegung einigermaßen gleichförmig zu gestalten, so war das Erreichbare schon erreicht. Da die dazu geeigneten Mittel nicht angewendet wurden, erleben wir in ständig steigendem Maße jene krampfartigen Zuckungen der Volkswirtschaft, die für die Spekulationen einen Goldregen, für die Industrie Exportkonjunktur mit Riesengewinnen, für die Massen des arbeitenden Volkes aber ein plötzliches fast völliges Verfliegen ihrer Existenzmöglichkeiten bedeuteten.

Es versteht sich von selbst, daß solche wirtschaftlichen Erschütterungen zur Quelle sozialer Unruhe werden müssen. Was will die Arbeiterschaft? Sie weiß sehr genau, daß ihr unter den gegebenen Verhältnissen kein sorgenloses und freudereiches Dasein blühen kann, wie es heute trotz alledem einer kleinen Minderheit beschieden ist. Wonach sie sich sehnt und wonach sie strebt, das sind einigermassen gesellschaftliche Lebensverhältnisse, sei es auch im Rahmen einer noch so bescheidenen Existenz. Sie ist es müde, im Lauf einer Woche oder eines halben Monats sich wieder entgleiten zu lassen, was sie in zähen Verhandlungen oder harten Kämpfen gewonnen hat und was dennoch nicht viel mehr ist als ein Stück Brot. Daher ihr Drang, die Löhne soweit hochzubringen, daß sie auch bei dem leicht vorauszusiehenden weiteren Sinken der Mark nicht allzu rasch wieder unter die Hungergrenze hinabsinkt, daher auch ihr Streben, endlich zu einem Abkommen zu gelangen, das ihr wenigstens das Existenzminimum sicherstellt: das Verlangen nach dem werbeständigen Lohn.

Die gegenwärtige Bewegung, die im Augenblick im Berliner Metallarbeiterstreik kulminiert, darf daher nicht mit äußerlich ähnlichen Bewegungen in normalen Zeiten ohne weiteres gleichgesetzt werden. Sie entspringt ebenso außerordentlichen Ursachen, wie sie außerordentliche Wirkungen zeitigen kann, wenn sie fortschreitet und weiter greift. Schwerste Verantwortung würden diejenigen auf sich laden, die, auf ihre eigene gesicherte Stellung pochend, eine soziale Kraftprobe riskieren wollten.

Auf der anderen Seite ist es klar, daß eine Bewegung von so elementarer Natur nicht einfach durch gütliches Zureden zum Stillstand und zum Zurückfluten gebracht werden kann. Die Unternehmerrunde von den sozialdemokratischen Streikhebern und den gewerkschaftlichen Streikvereinen klingt nur noch wie ein Märchen aus alter Zeit. Die politische wie die gemeinschaftliche Arbeiterbewegung haben im äußeren Daseinskampf unserer Völker ein solches Maß von Verantwortungsgedühl gezeigt, daß derartige Verleumdungen an ihnen abprallen. Abgelehnt von ein paar unverbesserlichen Narren hat niemand ein Interesse und eine Freude daran, wenn die deutsche Wirtschaft unter den gegenwärtigen Umständen gefährlichen Erschütterungen ausgesetzt wird.

Wäre auf der anderen Seite ein gleiches Maß von Verantwortungsbewußtsein vorhanden, dann wären dem deutschen Volk die schweren Folgen erspart geblieben, die ihm aus der gegenwärtigen sozialen Unruhe entstehen müssen.

Da nun aber der Kampf entbrannt ist, entbrennen mußte, bleibt nur eins übrig: ihn ebenso besonnen wie entschlossen durchzuführen. An der Regierung liegt es, ihn durch schärfsten Druck auf das einsichtlose Unternehmertum so rasch wie möglich zu Ende zu bringen. Auf diese Weise kann noch zum Segen gewendet werden, was zum Unheil entstanden ist.

Wir verlangen Entgegenkommen an die notwendigen und berechtigten nächsten Forderungen der Arbeiter. Wir verlangen darüber hinaus durchgreifende Maßnahmen, die den Reallohn gegen ein immer neues Hinabsinken sichern und die die Möglichkeit schaffen, wirtschaftsstörende Kämpfe zu vermeiden.

Die Erfüllung dieser Forderungen liegt nicht nur im Interesse der notleidenden Massen, sie liegt auch im Interesse der Volksgemeinschaft selbst, der da-

durch die notwendige Widerstandsfähigkeit gegen den Angriff von außen wiedergegeben werden soll.

Die Pariser Strategen der wirtschaftlichen Zerstörung bilden gespannt auf Berlin. An der Regierung und an den Unternehmern liegt es, ihre Hoffnungen zu enttäuschen und durch gerechtes Entgegenkommen den Arbeitsfrieden wiederherzustellen. Mögen sie sich dessen bemüht sein, was von den Entschlüssen abhängt, die sie in den nächsten Stunden und Tagen fassen werden.

Reichsverräter.

Der neue Justizstand in Bayern.

Die bayerische Regierung hat, wie wir bereits meldeten, die „Fränkische Tagespost“ und den „Fränkischen Volksfreund“ verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund der §§ 1, 6 und 7 der Notverordnung. In der Begründung des Verbots des „Fränkischen Volksfreundes“ wird gesagt, nach § 1 der Notverordnung werde bestraft ein Deutscher, der vorsätzlich während der in Friedenszeiten erfolgten Besetzung deutschen Gebietes durch eine fremde Macht dieser Macht Vorschub leistet. Es heißt dann weiter wörtlich:

„Der „Fränk. Volksfreund“ enthält in der Nr. 147 vom 2. Juli 1923 auf der ersten Seite einen Artikel „Von vaterländischen Robilmachungsarbeiten im Aschaffenburg Bezirk“, der ohne Zweifel den Tatbestand des § 1 erfüllt, da er in deutsches Gebiet eingebrochenen fremden Mächten einen erwünschten Vorwand zur weiteren Bedrückung Deutschlands zu geben geeignet ist.“

Dem „Fränkischen Volksfreund“ wird also der Vorwurf des vorsätzlichen Landesverrats gemacht, eines Deliktes, für das ein einwöchentliches Verbot eine außerordentlich milde Strafe wäre. Um keinen Zweifel an dem Tatbestand aufkommen zu lassen, veröffentlichten wir den intrinierten Artikel zunächst im Wortlaut. Er besagt:

„Von vaterländischen“ Robilmachungsarbeiten im Aschaffenburg Bezirk weiß unser Frankfurter Partetorgan, die „Volksstimme“, genaue Einzelheiten zu berichten. Es wird das Muster eines vollständigen Stammtafelformulars wiedergegeben, das außer den Personalien Rubriken für alle Waffen, die der einzelne mitbringen kann, für Fahrräder, für besondere Ausbildung und Verwendbarkeit usw. enthält. In dem Begleitförmchen wird unterschieden zwischen Angehörigen und Nichtangehörigen „vaterländischer“ Vereine. Besonders interessant ist § 6 des Begleitförmchens:

„Es ist erwünscht, daß jeder Angehörige sich möglichst selbst ausrüstet und kriegsbrauchbar bekleidet, überzählige kriegsbrauchbare Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke, Waffen und anderes mitbringt. Alle diese Gegenstände werden von der Militärbehörde abgeholt, angekauft und zur Ausrüstung anderer Freiwilliger verwendet. Ebenso sollen alle in einer Gemeinde vorhandenen kriegsbrauchbaren Waffen und Ausrüstungsgegenstände erfasst, den Beobachtungsgruppen zur Verwendung und zum Ankauf zugeführt werden. Diese Vertrauensleute haben ihr Augenmerk auf die Sammlung dieser Gegenstände zu richten.“

Militärischer Leiter des Unternehmens ist ein Oberstleutnant Derrl, der in Heigenbrücken seine republikanische Pension verzehrt, früher die Einwohnerwehren kommandiert und bei ihrer Auflösung nur den „unsicheren Kantonisten“ das Gewehr abgenommen hat. Bei der Ausbildung der Mannschaften spielt der aus dem Frankfurter Waffenschiedungsprozeß bekannte Hauptmann Lettenmeyer aus Aschaffenburg eine Rolle. Führer der nationalsozialistischen Sturmtruppe in Aschaffenburg sind die Wachtmeister Fenning und Kellenbach, der Landespolizei, und eine Reihe weiterer Mitglieder der Landespolizei werden als Angehörige der „Sturmtruppe“ namentlich aufgezählt. Außer diesen Aschaffenburg „Beobachtungsgruppen“ und in Verbindung mit ihnen sollen in der dortigen Gegend ähnliche Organisationen aus anderen Orten regelmäßig exerzieren; darunter wird auch ein Touristenklub „Freiwild“ aus Frankfurt a. M. mit namentlicher Aufzählung seiner Mitglieder erwähnt. Die Übungen dieser Ortsgruppen finden regelmäßig im Speffart statt.

Der Aschaffenburg Bezirksamtmann, Oberregierungsrat Graf, ist seinerzeit unter Nennung der Namen auf

dieses hochverräterische Treiben aufmerksam gemacht worden. Der Erfolg war, wie bekannt, das Verbot der Aschaffenburg „Volkszeitung“. Groß trägt für die unerhörten Zustände, die sich herausgebildet haben, die Verantwortung.

Was sagt der Chef der unterfränkischen Regierung zu diesen Dingen, von denen er doch zweifellos Kenntnis haben muß? Wie weit soll sich der Saustall noch entwickeln? Die jüngsten Enthüllungen über das Treiben der Württemberg-Partei sollten doch eigentlich genügen, um auch die harmlosesten Gemüter erkennen zu lassen, wohin der Weg geht und was das Ziel der „vaterländischen“ und nationalsozialistischen Verbrecherorganisationen ist. Wenn wir schon soweit sind, daß nicht bloß oberste Zivilbehörden, sondern auch militärische Stellen — die einen durch Duldung, die anderen durch direkte Förderung der umstürzlerischen Putschvorbereitungen — unter dem Vorwande der „Einheitsfront“ gegen die äußeren Bedränger den „Kampf gegen den inneren Feind“ vorbereiten helfen, dann werden auch die „Novemberverbrecher“ wissen, was sie zu tun haben.

Aus dem Artikel spricht eine tiefe Sorge um die Ruhe und Sicherheit der deutschen Republik. Er deckt Zustände auf, die mit der Sicherheit der Republik nicht zu vereinbaren sind und gegen die im gesamten Deutschen Reich außerhalb Bayerns energisch angefaßt wird. In diesem Fall von einer vorsätzlichen Vorschubleistung an eine fremde Macht zu sprechen, ist eine Rechtsauffassung, die der deutschen Rechtsprechung den letzten Rest von Ansehen nehmen muß und die einer Macht wie Frankreich die denkbar besten Argumente für ihre Gewalttätigkeit geben muß.

Aber nehmen wir selbst an, es handle sich bei dem Artikel zwar nicht um eine vorsätzliche, aber doch tatsächliche Vorschubleistung. Dann ergäbe sich folgender Sachverhalt: das Sachmaterial, dessen Veröffentlichung allein als Vorschubleistung bezeichnet werden könnte, ist zum erstenmal von der „Frankfurter Volksstimme“ und später auch von „Vorwärts“, vom Sozialdemokratischen Parlamentsdienst und von einer großen Anzahl sozialdemokratischer Organe im Deutschen Reich wiedergegeben worden. Ja, wir haben Grund zu der Annahme, daß es auch an das Ausland weitergegeben worden ist. Läge also Vorschubleistung, läge Landesverrat vor, dann müßte gegen alle diese Verbreiter des Materials eingeschritten werden, wenn sich die Reichs- und Landesbehörden nicht der Begünstigung des Landesverrats schuldig machen wollten. Das ist bisher nicht der Fall und wird bestimmt nicht der Fall sein. Das heißt, die bayerische Regierung steht mit ihrer Rechtsauffassung allein, sie stellt sich außerhalb des reichsdeutschen Rechtsempfindens.

Wie liegen denn die Dinge? Aus dem Material geht hervor, daß Teile der Bevölkerung im Bezirk Aschaffenburg bewaffnet, militärisch ausgerüstet und militärisch organisiert sind. Es geht aus ihm hervor, daß Zivil- und Militärbehörden des Bezirkes dieses Treiben begünstigen. Hier ist die Rechtslage ganz eindeutig. Entweder rüstet Deutschland insgeheim zum Krieg, dann wäre das eine Angelegenheit des Reiches und gegen die Weiterträger des verräterischen Materials müßte mit den schwersten Strafen eingeschritten werden, oder aber Deutschland hält sich an seine Verträge gebunden. Dann muß gegen die bewaffneten Militärorganisationen und ihre Begünstiger auf Grund der Reichsgesetze vorgegangen werden ohne Ansehung der Person. Hierüber zu entscheiden ist Reichs- und nicht Landesache, so daß das Vorgehen der bayerischen Regierung auf jeden Fall einen großen Uebergriff auf die Rechte des Reiches darstellt.

Deutschland rüstet nicht zum Krieg. Private Militärorganisationen sind verboten, wie es selbst die äußerste Rechte mit ihrer Forderung nach strengster Unterdrückung etwaiger kommunistischer Kampfbünde zugibt. Die bewaffneten vaterländischen Vereine können also nach dem bestehenden Recht auch nur aufgefaßt werden als verbotene Putschorganisationen, und auch hier stellt sich die bayerische Regierung außerhalb des Reiches.

rechts, wenn sie diese Organisationen nicht nur begünstigt, sondern den publizistischen Kampf gegen sie als Landesverrat bekämpft. Was nützt es, wenn die bayerische Regierung im Fall Fehrenbach einen verheerenden Rückzug antritt, um im selben Atemzuge einer Willkürjustiz das Tor zu öffnen, die dem Fehrenbach-Urteil in nichts nachsteht.

Angeichts dieser Sachlage können wir nur den Ruf des „Fränkischen Volksfreundes“ aufnehmen: die „Novemberverbrecher“ werden wissen, was sie zu tun haben!

Diätenpolitik.

Am Mittwoch war bekanntlich im Reichstag ein völksparteilicher Antrag eingebracht worden, den sozialdemokratischen Vorschlag, am Donnerstag in die erste Beratung über Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern einzutreten, an den Rechtsausschuß zu verweisen. Der Antrag wurde zwar in namentlicher Abstimmung angenommen, trat aber nicht in Kraft, weil die sozialdemokratische Fraktion geschlossen den Saal verließ und dadurch die Beschlussfähigkeit des Hauses herbeiführte. Die „Kreuz-Zig.“ jammerte darauf über das Versagen der bürgerlichen Mehrheit, sie stellte aber gleichzeitig hocherfreut fest, daß durch den völksparteilichen Antrag, nach dem das Fehlen von 311 Abgeordneten festgestellt wurde, 16 834 000 M. an Diäten „erspart“ wurden.

In der Donnerstagsung stellte Präsident Böbe fest, daß die ganze Abstimmung am Mittwoch ungültig gewesen sei, da über den völksparteilichen Antrag, nachdem ihm widersprochen worden war, überhaupt nicht namentlich abgestimmt werden durfte. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt den Beschluß auf, über diese Feststellung folgendes zu schreiben:

„Wie ein Böwe kämpfte ein Genosse um die Diäten, die den Sozialdemokraten zu entgehen drohten, weil sie geflern an der namentlichen Abstimmung nicht teilgenommen hatten. Der Fehler ging siegreich aus dem Streit hervor, und die sozialistische Fraktion wird beruhigt in die bald beginnenden Sommerferien fahren, für die sie sich noch ein ganz annehmbares Taschengeld perretet hat.“

Man muß tatsächlich auf dem geistigen Niveau der deutschnationalen Presse angelangt sein, um diese Formen des politischen Kampfes mitmachen zu können. Daß sich die „führenden“ Organe dieser Presse hierbei gegenseitig ins Gesicht schlagen, ist ihnen gleichgültig, wenn sie nur eine Gelegenheit finden, die verhassten Sozialdemokraten anpöbeln zu können.

Fiskus als Holzverkäufer.

Uns wird zu dieser Frage geschrieben: Die Holzverkaufsbedingungen des preußischen Fiskus sind für den Fiskus noch ungünstiger als sie im gestrigen Beilager geäußert wurden, da auch die Zahlung des halben Betrages erst am 20. Tage nach Erteilung des Zuschlages zu leisten ist und erst mit diesem Tage die Stundungsfrist beginnt. Wäre beispielsweise der Zuschlag am 1. Juni bei einem Dollarstande von 74 500 erfolgt, so war die Teilzahlung zu leisten bei einem Dollarstande von 130 000! Die Baifispekulation in Marx mit Hilfe öffentlicher Gelder läßt sich in der Zeit der Debatten über werbefähige Staatsentnahmen wirklich kaum erfolgreicher organisieren als durch die Stundungsbedingungen des preußischen Fiskus.

Paasche redivivus.

Im alten Reichstag war der nationalliberale Abg. Paasche berühmt wegen seiner zahlreichen Beziehungen zur Wirtschaft. Er verfügte über die größte Zahl von Aufsichtsratsposten. Im neuen Reichstag ist es der demokratische Abg. Dr. Fischer-Köln, der in dem Jahresspaß Paasches schwimmt, es aber bereits weiter gebracht hat als der vielbeschäftigte Paasche. Herr Dr. Fischer ist jetzt Aufsichtsratsvorsitzender einer Teerprodukt- und Dachpappfabrik geworden, die mit den Rueterwerken in Verbindung steht. Er verfügt demnach jetzt über 38 solcher Posten. Zweifellos ist Dr. Fischer für solche Posten sehr geeignet, denn seine Tätigkeit im Steuerausfluß des Reichstages ist kaum sehr verschieden von der im Aufsichtsrat großer Industrieunternehmen.

Kinder vor der Fabrik.

Von Kurt Klüber.

Vor der Fabrik stehen Kinder. Jungen und Mädchen. Nicht gebracht. Ihre großen Augen starren auf das wuchtige Tor. Langsam wird es geöffnet.

Die Augen der Kinder dringen hinein. Eilen über den dunklen Torweg, über den großen Hof, und wo eine Tür oder ein Gang in den Hof einmündet, bleiben sie erwartend stehen.

Sie sind nicht ungeduldig, wie Kinder sonst sind, stampfen nicht auf. Still stehen sie an ihrem Platz. Nur die Kleinen drängen sich manchmal vor.

Durch die Mittagstille schritt die Pfeife. Die kleinen, müden Gefallen heben sich. Die Augen leuchten heller.

Da strömen die ersten Menschen aus den Türen und Gängen. Sie stuten über den großen Hof. Stürzen aus dem Tor, wie Ochsene. Erst in der Helle des Tages atmen sie auf und gehen langsam weiter.

Die Kinder aber stehen starr. Ihre weit aufgerissenen Augen blicken ängstlich in die Menge. „Vater!“ stammeln die Kleinsten.

Aber nur fremde Augen blicken mit aufwallendem Sädein in ihr Gesicht.

Da finden sich die ersten Blicke. Aus dem Strom der stutenden Menschen drängt sich ein Vater. Glücklich.

„Junge!“ — will sein Herz jubeln. Aber er kann nur traurig in das blaße Gesicht sehen, und dann nimmt er die kleine Hand, die sich ihm entgegenstreckt und geht mit ihm weiter.

Da kommt eine Mutter.

Auf ihr liegt die Qual der Fabrik, wie eine drückende Last. Sie geht gebückt. Ihre Augen irren traurig nach dem Licht.

Da hängen zwei von den Kleinsten an ihrem Kleid, blicken sie an, sammeln die Worte: „Mutter —“

Ihr Körper kraucht sich. Ihre Augen werden heller. Die beiden Kinder auf dem Arm schreien sie dahin, wie durch eine Gasse.

Die Sonne legt ihren hellsten Schein um ihre Stirn, aber die Blässe ihres Gesichtes kann sie nicht wegwisphen.

Die letzten kommen.

Nur ein kleiner Junge steht am Tor, mit roten Wangen — lachenden Augen. Nun kommt auch sein Vater — langsam, müde. Kubelnd springt er ihm entgegen.

Aber der Alte steht nicht die lachenden Augen, sieht nur das Grau des Lores, das sich über die roten Wangen des Jungen legt.

Hart faßt er nach seinem Arm und reißt ihn mit sich in das Helle. Dort schaut er ihn lange an. Dann streicht er mit den zitternden Händen über die roten Wangen, als müße er den grauen Hauch des Lores fortwisphen.

„Du nicht — — —, du nicht — — —,“ stammelt er. Der Junge schaut erschrocken in das Gesicht des Vaters. Aber das ist schon wieder müde geworden und verschlossen. Bangsam wandern sie heim.

Die Zukunft der großen Volkssoper. Noch immer finden in der „großen“ Presse Erörterungen darüber statt, ob die Staatsoper in dem von der Volkshöhe und dem Staat wiedererbauten Kroll einzuziehen und dort für die Volkshöhe Aufführungen veranstalten wird. Die von Lange entworfene Bewegung kann sich nicht so schnell darüber beruhigen, daß in Preußen noch Verträge gelten und nimmt ihre Zuflucht zu den murekswürdigen Manchestertheorien. Die kleinen Herkules des Feuilletons haben nur die eine Phrase aus der Rationalökonomie behalten: was der Staat tut, ist über und wollen die organische Entwicklung zur Zusammenfassung der Theaterbetriebe, die das Sozialisierungsgefeß regeln wollte, aufhalten oder demolieren. (Wenn die Katter dergleichen tun, ist es freilich natürliche Entwicklung.)

Es ist nicht abzulehnen, was für die Volkssoper, deren auch von uns anerkannte Leistungen nachgerade unentzählich aufgebaut werden, dabei herauskommen soll. Solange wir keine Möglichkeit gemeindlicher oder städtischer Eingriffe in die Privattheaterverhältnisse haben, kann leider für die vielgerühmte Privatinitiative solcher Institute wie der Volkssoper von oben her nicht allzuviel geschehen. Solange im Rahmen der gleichen Privatinitiative Rotter und Genossen Theater in ihre Hände bringen können, dürfen sich Verfechter liberaler Wirtschaftstendenzen nicht beschweren, daß der eine den anderen auftritt.

Immerhin will der Staat tun, was er kann. Aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird uns mitgeteilt:

Im Sinne des Landtagsbeschlusses finden zurzeit Verhandlungen zwischen Vertretern des Kultusministeriums und der „Großen Volkssoper“ statt, die zum Ziele haben, die Existenz der Volkssoper vom Herbst 1924 an sicherzustellen, wobei sowohl die Frage eines anderen Hauses, als auch eine etwaige Annäherung an die Staatsinstitute erwogen wird. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen im Laufe des Sommers erfolgreich zu Ende geführt werden können.

Das Steglitzer Schloßpark-Theater gab Blumenhals und Radelburgs „Weißes Röhl“ aus den heute märchenhaft erscheinenden Zeiten, wo das Balutoland die Grenzen nach dem Auslande noch nicht mit Bretern vermaget hatte. Allerhand Erinnerungen wurden wach. Der Aufwand an Gest und an Erlaubung in dem Stückchen, das bei seinem Erscheinen vor etwa drei Jahrzehnten einen solchen sensationellen Bühnenerfolg erzielte, ist nicht gerade überwältigend, aber die launige Bemerkung des Hales und Resemilleus, ein paar Bühnengeschichte, hier und da auch lebenswürdige Einfälle verziehen noch immer ihre Wirkung nicht. — Karl Wenzel brachte die Mischung von vergrähter Revue und troden spottendem Humor in der Figur des ewig lamentierenden Giesecke, der die Alpen nach Berliner Verhältnisse zu leicht befindet, mit glücklicher Drolerie heraus. Das Ensemble, unter Feltz

Wastes Regie, griff flott und munter ineinander. Ganz menschlich natürlich mutete Karl Friedau, glückseliger alter Gelehrter, an, bei dem es immer nur jeden vierten Sommer zu einem Ausflug langt und der doch — bei größter Sparsamkeit — die Reiselust als wahrer Virtuos betreibt; desgleichen Irma Thöning in der Rolle ihres eingeschüchterten lippeinden Tochterleins, aus der die lange angebaute weibliche Bereidbarkeit nach glücklich vollzogener Verlobung um so unaufhaltsamer hervorbricht. Das Publikum folgte in denkbar animierter Stimmung.

Obst und Zähne. Das Obstessen ist ein vorzügliches Mittel zur Erhaltung der Zähne. Es ist längst bekannt, daß Leute, die regelmäßig Obst und Gemüse genießen, in der Regel prächtige, glänzend weiße Zähne haben und selten an Zahnschmerzen leiden. So berichten ausnahmslos fast alle Naturforscher, daß gerade die Menschen südlicher Länder die schönsten Gebisse aufweisen und daß Zahnerkrankungen, wie z. B. Zahnstein, Karies, Bruchigkeit u. dgl. bei diesen Völkern zur größten Seltenheit gehören. Und das ist verständlich, denn gerade die südlichsten Menschenrassen sind vorwiegend Obst- und Gemüßesser. In den Früchten hat die Natur eine Menge trischer, schwellender Lebenskraft unter der Einwirkung der Sonne aufgespeichert, und diese kommt den Obstessern zugute. Beim Reizen des Obstes kommen dieses sowie die von ihm abgepaltenen Fruchtsäure mit allen, auch den hintersten Zähnen in Berührung. Während die fleischigen Teile des Apfels oder der Birne das Amn des „Scheuerns“ übernehme und dies in äußerst milder und doch gründlicher Weise beförtern, dringt die Fruchtsäure in die feinsten Nischen und Zwischenräume und zerstört hier alle Fäulniserreger, die in den weichen Füllungen Anstammungsstätten willkommener Wucherungsboden abgeben. Die Fruchtsäure löst aber auch jene grieselartigen Absonderungen, die sich häufig am Rande des Zahnfleischs vorfinden, die Bildung des Zahnsteins verursachen und dadurch zu schmerzhaften Erkrankungen Veranlassung geben. Dabei ist noch ganz besonders hervorzuheben, daß die Obstessern für den Schmelz der Zähne unerschädlich ist, daß aber die in den Früchten vorhandenen Nährsalze für den Aufbau der Zähne von größter Bedeutung sind.

Die Berliner Akademie für ärztlich-sozialen Versorgungswesen, die über vortrefflich ausgestattete Laboratorien und Sammlungen verfügt, sollte ursprünglich in eine Reichsanstalt für medizinische Arbeitsforschung umgewandelt werden. Da die ungenügende Finanzlage des Reiches diesen Ausbau nicht gestattete, so hat man nunmehr die Akademie dem Reichsgesundheitsamt angegliedert, und auf diese Weise können die vortrefflichen Einrichtungen weiter nutzbar gemacht werden.

Ein naturwissenschaftlicher Kongreß wird als Nachfolger der vor dem Abgange von der Internationalen Wissenschaftlichen Abteilungen Kongresse von der Deutschen Wissenschaftsvereinschaft veranstaltet. Die Vertreter der praktischen Musik, der Musikwissenschaft und benachbarter Zweige vereinen sich zu gemeinsamer Arbeit auf dem ersten deutschen Kongreß für Musikwissenschaft, der in Leipzig vom 15.—20. Oktober 1923 unter dem Vorsitz von Prof. Hermann Albert tagen soll.

Im Rheinischer Musikverein Kurltheater finden jetzt, nachdem der Ausbau des bisherigen Konzertsaals vollendet ist, auch Orchestersitzungen statt, die von Ensemble der Frankfurter Oper zusammen mit dem Rheinischer Musikverein veranstaltet werden. Die Eröffnungsvorstellung, der der heilige Staatspräsident Beethoven, brachte Wagner's „Meisterjäger“.

Sich selbst kaltgestellt.

Der Preussische Minister des Innern bestätigt in seiner Antwort auf eine von bürgerlichen Abgeordneten gestellte „Kleine Anfrage“, daß sämtliche bürgerliche Stadinerordnungen in Eisen ihre Wahlurträge niederlegt haben und daß seitdem die Stadinerordnungen nur aus sozialistischen und kommunistischen Mitgliedern besteht. Da jedoch die Stadinerordnungenversammlung beschlußfähig geblieben und daher berechtigt und verpflichtet ist, die Geschäfte weiterzuführen, so liegt ein Grund zur Auflösung nicht vor. Die bürgerlichen Stadinerordnungen wollten besonders schlau sein, haben sich aber lediglich selbst kalt gestellt.

Beamtenrecht der Sozialversicherung.

Im Reichsarbeitsministerium fanden vor wenigen Tagen Besprechungen der Organisationen über eine Klärung und Verringerung des Dienstrechts der Angestellten der Sozialversicherungsträger statt. Der Zentralverband der Angestellten legte an Hand umfangreichen Materials die Unhaltbarkeit des bestehenden Rechtszustandes dar. Eine praktische Lösung sei nur so möglich, wenn die Angestellten der Versicherungsträger unabweisend als Angestellte auf Privatdienstverträge erklärt werden, und daß das neue Arbeitsrecht, vor allem das Betriebsrätegesetz und die Tarifverordnung, auf sie in uneingeschränkter Weise Anwendung findet. Demgegenüber forderten die zahlreichen erschienenen Vertreter der kleinen Hochverdienste die Anerkennung der Beamteneigenschaft. Die Förderung nach der Beamteneigenschaft hat nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung. Die Versicherungsträger wenden sich dagegen, weil damit eine weitere Einschränkung ihres Selbstverwaltungsrechts verbunden wäre. Die Mehrheit der Angestellten der Versicherungsträger, die freigewerkschaftlich organisierten, lehnen die Forderung ab, weil sie auf das Recht der eigenen Gesetzgebung durch den Tarifvertrag nicht verzichten will. Die freien Gewerkschaften werden sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß alle veralteten Gesetzesbestimmungen beseitigt und daß den Angestellten der Versicherungsträger das Tarif- und Betriebsrätegesetz ohne jede Einschränkung ausgesprochen wird.

„Vaterländische“ Porträts aus Bayern.

Gebrüder Berger.

Zu der nun aus bereits gemeldeten Verhaftung der Gebrüder Berger in dem Fememord an Baur wird uns von unserem Münchener Berichterstatter noch gemeldet: Es handelt sich um die Brüder Berger, geborene Deutschböhmern, die im Hochverratsprozess Fuchs-Machhaus eine Rolle gespielt haben. Hans Berger gehört bekanntlich zu den Angeklagten wegen Hochverrats. Beide Brüder sind Gründungsmitglieder und Hauptangehörige des Süddeutschen Bundes und entwickelten als solche eine große Aktivität. Hans Berger, der älteste der beiden Brüder, ist der Leiter und militärische Führer der Kreisstelle München des Bundes und war nach den Ergebnissen des Prozesses einer der Haupttreiber für ein baldiges Rostfagen. Deshalb stand er auch bei Machhaus in besonderer Gunst. Die Verhaftung der beiden Brüder in der Nordstraße Baur kommt überraschend, da die bisher bekanntgewordenen Zusammenhänge innerhalb der Münchener nationalaktiven Szene nach dieser Richtung bisher nicht die geringsten Anhaltspunkte gegeben hatten. Etwas auffallend war allerdings die Sympathie für Berger, die aus den Aussagen des „Privatdozenten“ Dr. Ruge zum Vorschein kam.

Walter Stolzinger.

Wenn man „vaterländische“ Porträts aus Bayern zeichnet, darf man einen gewissen Joseph Stolzinger nicht vergessen. Herr Stolzinger ist Redakteur des radikalantidemokratischen „Bölkischen Beobachters“ und ständiger Münchener Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“. Er gebärdet sich höchst national und ist Spezialist in der Bekämpfung des „marxistischen Terrors“. Daß Joseph Stolzinger auch im Ausland für Deutschland zu werden weiß, mag ein Auszug aus einem Artikel zeigen, der vor kurzem in einem deutschösterreichischen Blatt erschien. Es heißt da:

„Was nun? Der stille Widerstand im Ruhrgebiet geht weiter: Eisenbahndämme und Brücken stiegen in die Luft, Franzosen und Belgier werden kaltgemacht. Hätten wir in Berlin eine nationalbewusste Regierung, dann würde sie eine zielbewußt arbeitende Germania irredenta großzügig organisieren und den Krieg mit dem bewaffneten Banden eröffnen. Die französischen und belgischen Soldaten haben ohnehin das Gefühl, in einer Hölle zu leben, deren ganze Schreden jeden Augenblick losbrechen können, und wenn einmal die Gewehre losknallen sollten, dann möchten wir sehen, wie es das wässrige Bad mit der Angst zu tun bekäme.“

Aber Cuno sitzt in Berlin als Gefangener des Marxismus. Es ist ein Bild der Fleisch und Bein gewordenen „passiven Resistenz“, die sich nicht zu einer Politik der Tat aufzuschwingen vermag, weil es die schwarzen Gelben Oberbunzen nicht erlauben.“

Fürwahr, Herr Stolzinger ist kein Fischenbach! Aber es ist vielleicht nicht ganz uninteressant, einmal in die Vergangenheit dieses deutschösterreichischen Heiden hineinzusehen. Es gab eine Zeit, in der er dem deutschfeindlichen österreichischen Politiker Graf Thun seine Unterstützung angedeihen ließ. Damals hieß er bereits Stolzinger. In der Mitte der neunziger Jahre, als er noch Joseph Czerny aus Böhmen hieß, war er an dem Antisemitischen Blättchen „Deutsches Volksrecht“ tätig. Als er mit der Leitung dieses Organs in Differenzen geriet, wandte er sich an das „Kleine Journal“ des Juden Leipziger, um dort „Enthüllungen“ über die Zustände bei den Antisemiten anzubringen. Die Folge davon war eine Tracht Prügel mit der Hundepelle und einige Drohungen, die den wackeren Czerny-Stolzinger veranlaßten, den Verein zur Abwehr des Antisemitismus mit einer Zuschrift zu beglücken, in der es hieß:

„Durch den Kampf ums Dasein gezwungen, habe ich im Juli d. J. die Stellung eines Redakteurs beim Deutschen Volksrecht angenommen, d. h. ich war mehr als Korrektor denn als Redakteur beschäftigt. Reichsstaatsabgeordneter Dr. Bodeck hatte mich engagiert, und es war ihm auch bekannt, daß ich mich von jeder antisemitischen Partei losgelöst hatte. Ich erklärte ihm, was er mir auch bestreiten wird, zu wiederholten Malen, kein Antisemit zu sein. Auch Bodeck wußte es, und wenn er mir jetzt das Epitheton eines Judas Ischariot beilegt, so ist das lächerlich. Denn wie konnte ich durch die Veröffentlichung jenes Artikels im „Kleinen Journal“ einen Verrat an der Antisemitischen Partei begehen, der ich weder als Parteimitglied noch meiner Gesinnung nach angehört.“

Nun, heute ist dieser Herr Joseph Czerny-Stolzinger „vaterländisch“ gesinnt, Redakteur des „Bölkischen Beobachters“ und Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“. Die Bölkischen wissen offenbar, woher sie ihr Werbematerial zu nehmen haben.

Stinnes in allen Gassen. Nach einer Meldung des „Dölling Telegraph“ aus Bodo haben Vertreter von Stinnes über den Verkauf von Leinwandfabriken verhandelt. Auch plane Stinnes die Gründung einer Bank in Bodo.

Amnestie in Ägypten. Reuter meldet aus Kairo: Anlässlich der Aufhebung des Belagerungszustandes wurden 300 politische Gefangene begnadigt.

Buddelmeer.

Pflichtig tauchte er, ein wenig verdeckt und demoralisiert freilich, wieder auf, er, dem weder Wohnungsamt noch Gewerbeamt seinen Standplatz freitragen wollten, nämlich er, der Friedensengel auf der Siegesallee des Belle-Alliance-Platzes. Und auf den Flächen zu seinen Füßen, die sonst mit Brethern umzäunt waren und wo man wirklich die Welt vernagelt hatte, breitet sich jetzt eine Sandwüste aus, ein Buddelmeer.

Einst formten die Zudecker schöne weiße Engel aus Traganth und setzten sie auf teure Lorten. Diese zudecker Engel verschwanden aus den Schaufenstern und die blaffen Kinder von heute, die, den ähnlichen Friedensengel über sich, in dem Sand des wiedererstandenen Platzes ihre Sandtorten und -tischen bauen, haben sie nicht mehr kennen gelernt. Sonne und Sand, wie jauchzen die Großstadtkinder auf. Das kleine Stückchen Wüsten, es wird für sie zum Paradies. Sie spielen und spielen, den warmen Sand durch ihre Finger gleiten lassend. Alte Mütterchen und Bäterchen, Hofbewohner, Hinterhäuser umflehnen die frohe Schar, oder hocken auf ein paar ausgefärbten Zementplatten. Auch die verwelkten Gesichter der Alten sind erhellte, das macht die Sonne, die Sonne und der Anblick freudiger Kinder. Eine Mutter, stolz und besorgt, hält ein kleines Erdwürmchen an sich gedrückt, breitet auf der Erde zwei zerschiffene, dünne Decken aus und legt das Kindchen darauf, in die Sonne, in den Sand. Eine hustende Frau sammelt ein paar vertrocknete Grassähne, eiserne Holzsplitter und ein Stückchen Borke, das ein, sonst fürsorglich gefühlter Baum einbüßte. Da schreit ein blauer Junge „Achtung“ und ein kleiner Dreifüßler tut kaum die Zähne zueinander und flüstert „Aubrosch“, dabei sieht er ängstlich nach dem Grünen, der sein Fahrrad durch den Sand schiebt.

Und ich denke, ach, welch hochbeglücktes Land würde Deutschland sein, wenn die Besitzenden immer ein solch starkes Bewußtsein von Wein und Dein hätten, wie die arme Frau, die Abfälle sammelt.

Vor dem Urteil im Köhn-Prozess.

Die Plaidoyers der Verteidiger.

Nach fast vierwöchentlicher Dauer geht der Köhn-Prozess seinem Ende entgegen. Heute morgen erhielten die Verteidiger des Wort. RA Dr. Larnowski führte aus: „Während Klante der Gründer der Bettkonzerne ist, war Köhn das geistige Haupt. Er hat sich in ein System verrannt, wollte ein Reich über ganz Deutschland ziehen und glaubte, sich und seine Mitmenschen glücklich machen zu können. Köhn ist Optimist und Phantast. Er beschäftigte sich mit Theosophie, Okkultismus und allem Möglichen anderen. In seinem Bettkonzerne sah er sich als König. Seine tragische Schuld ist, daß er nie einen Gedanken zu Ende gedacht hat. In diesen Momenten ist das psychologische Kärzel Köhns zu suchen, und daraus ergibt sich, daß Köhn kein Betrüger war.“ RA Dr. Bindar: „Wenn man der Persönlichkeit Köhns gerecht werden will, muß man die ungewöhnliche Zeit und den abnormen Geisteszustand berücksichtigen. Ein hysterischer Phantast war erfüllt von einer Wahnidee. Er rührte die Massenrommel, und eine fast noch nie dagewesene Massensuggestion ließ die Millionen in seine Rassen strömen. RA Dr. Bahn macht sich, nachdem sich dieselbe Kammer im Fall Klante festgelegt hat, keine Illusionen. Der Staatsanwalt habe ja auch mit der Miene des Siegers gesprochen. Köhn unterschleibe sich aber ganz erheblich von dem großsprecherischen Klante. Man könne die Persönlichkeit Köhns nicht unter einen Vorgraphen bringen und ihn nicht als einen gewöhnlichen Betrüger betrachten. Köhn habe im besten Glauben gehandelt und sei unter der Wucht der großen Zahlen zusammengebrochen. R. A. Dr. Steppel spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man den Angeklagten Reußen der einfach aus dem großen Heer der Angestellten herausgegriffen worden ist, alle Schuld zuschiebe. Während die Sachverständigen andere Angeklagte als Drahtzieher, als Verwirrer und als Empfänger bezeichnen, habe der Angeklagte auf Köhn keinen Einfluß gehabt, und sei von den Sachverständigen und auch von Staatsanwalt als der Vertrauenswürdigste bezeichnet worden. Sein Rassenbuch war die einzige Dose in der Buchführung. R. A. Dr. Wrensen wendet sich gegen die Höhe der Strafstrafe des Generalsvertragers, und könne man den Dolus nicht nachweisen. Sie hätten genau mit derselben Sicherheit auf Köhn verurteilt, wie die Eingehler. Postsekretär und höhere Beamte hätten sich um die Vertreterschaft bemüht und wollten sogar ihre Stellung aufgeben. Es sei unverständlich, daß die beiden Angeklagten aus dem Heer der Vertreter herausgegriffen seien. Das sei nur auf das Bestreben des Kontursverwalters Schubert zurückzuführen, der geradezu wie ein Defektiv gearbeitet habe. Das Urteil ist erst in den späten Nachmittagsstunden zu erwarten.“

Die Hochbahn erhöht.

Die Hochbahn-Gesellschaft wird am Montag, den 9. Juli, ihre Fahrpreise erhöhen und zwar in folgender Weise: Bis zum 5. Bahnhof 900 M., für die ganze Strecke 1200 M. in der dritten Klasse, bis zum 5. Bahnhof 1200 M., für die ganze Strecke 1500 M. in der zweiten Klasse. Blocks zu zehn Karten kosten bis zum 5. Bahnhof 8000 M., für die ganze Strecke 10 800 M. in der dritten Klasse, bis zum 5. Bahnhof 10 800 M., für die ganze Strecke 13 500 M. in der zweiten Klasse. Wochenkarten zu zwölf Fahrten für die ganze Strecke kosten 11 200 M. in der dritten Klasse, 14 000 M. in der zweiten Klasse.

Der Fünfhunderttausender.

Es ist erreicht; die deutsche Finanzkatastrophe hat ihn aus der Taufe gehoben, den Fünfhunderttausender, den Schein, der eine halbe Million in Papier repräsentiert. In den nächsten Tagen werden die neuen Rollen in den Verkehr gebracht werden. Sie sind 95 x 170 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt. Auf der Vorderseite befindet sich rechts ein 40 Millimeter breiter, nur mit einem länglichen grünen Viniennmuster belegter Schaurand, der bei der Durchsicht das von den Banknoten zu 500 M. her bekannte Wasserzeichen (dunkel und hell umrandete Karte mit der Zahl 500 und dem Buchstaben M) zeigt. Das Druckbild der Vorderseite wird von einem grünen Zierband eingefasst. Die Mitte des neppartigen, braunrot und grünen Unterdrucks zeigt ein mehrfarbiges, reichverarbeitetes Viniennmuster in runder Form, das an den Seiten zwei einander zugekehrte männliche Kopfbüchse in graugrüner Farbe umschließt. Auf der Rückseite befindet sich links eine 40 Millimeter breite, unbedruckte Fläche mit blauer Stoffaufgabe und purpurner Faser. Das von einem schmalen Zierband eingefasste Druckbild zeigt in einem graugrünen nach außen in rotbraunen Strahlen verlaufenden, neppartigen Ziergrunde den Reichsadler in den Farben gelbbraun bis dunkelrotgrün spielend. Oben und unten in der Mitte steht die rotbraune Reihenbezeichnung und Nummer.

Ferner werden demnächst 4 weitere Serien der Reichsbanknote zu 20 000 Mark vom 20. Februar 1923 ausgegeben, bei denen für das Wasserzeichen des Papiers weitere Muster verwendet sind. Die Farbe des Papiers ist in jedem Falle weiß.

Heirat unter falschem Namen.

Schuppelstein verheiratete in seiner Laube der Treptower Kolonie Immergrün in der Bouchéstraße den 56jährigen Photographen Gustav Kolbe, der im polizeilichen Fahndungsblatt seit September 1919 wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung gesucht wurde. Er war damals in einem Barenhause in Harburg (Cibe) tätig und fälschte einen Scheck über 5000 M. auf den Namen des Geschäftsinhabers. Ein Kollege sollte den Scheck einlösen, wurde aber dabei abgefaßt. Kolbe flüchtete nach Hamburg, fälschte seinen Taufschein auf den Namen „Biosburg“, kam später nach Berlin und heiratete unter dem falschen Namen eine jetzt 34jährige Magdalene U. Der Schwindel wäre wohl noch lange nicht an das Tageslicht gekommen, wenn nicht ein Verwandter, dem durch einen Zufall die Vermählung vorgestellt wurde, auf den ersten Blick gefaßt hätte: „Das ist ja mein Stiefbruder Gustav Kolbe!“ Der Verheiratete gestand erst nach langem Leugnen und viel dann in schwere Krämpfe, so daß die Vernehmung abgebrochen werden mußte. Die Ehefrau will die Richtigkeit der Ehe beantragen, da sie nach ihrer glaubhaften Angabe von den Fälschungen des Mannes, dem das Alter nicht vor Torheit schützte, nicht das geringste gewußt hat.

Räuber im D-Zug.

Fischzüge bei Gedränge und Lärm.

Ungewöhnlich reiche Beute machten internationale D-Zugräuber auf dem Anhalter Bahnhof. In einem Abteil 2. Klasse des nach Holland fahrenden Zuges hatten der Vertreter einer Zigarettenfabrik Platz genommen. Er hatte seinen Koffer, der u. a. einen Scheck über 14822 holländische Gulden enthielt, in das Gepäckgehäuse gelegt und war dann für einen Augenblick auf den Gang hinausgetreten, um nach einem Bekannten zu sehen. Kaum hatte er das Abteil verlassen, als in diesem ein Gedränge und Lärm entstand. Er konnte nur hören, daß man einen Dieb auf frischer Tat ertappt habe. Selbst sein Abteil aufsuchen konnte er infolge des Gedränges nicht. Erst als einige Personen, darunter auch Frauen das Abteil verlassen hatten, konnte er seinen Platz einnehmen. Jetzt mußte er zu seiner größten Ueberraschung feststellen, daß sein Koffer aus dem Gepäckgehäuse verschwunden war. Der ganze Lärm und das Gedränge waren von der Bande internationaler Taschendiebe künstlich hervorgerufen worden. Als er sich jetzt nach seinen vermeintlichen Reisebegleitern umsehen wollte, waren diese mit der reichen Beute verschwunden. Der Bundeschef ist von der Filiale in Dresden der Darmstädter und Nationalbank auf eine Rotterdamische Bandenreinigung ausgestellt. — Reiche Beute machten Taschendiebe wieder im Auto omnibus E. Einem Herrn aus Köln, der hier geschäftlich zu tun hatte, wurde die Brieftasche gestohlen, die außer einen Personalausweis auf den Namen Heinrich Bellert echte Perlen, Smaragden u. a. Edelsteine im Werte von mehreren Millionen Mark enthielt. — Auf der Strahnenbahn wurde einem Herrn in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten die goldene Uhr mit Schweizer Wert im Werte von etwa 10 Millionen Mark gestohlen. — Ein Bismarckmeister aus der Roststraße hatte auf der Untergrundbahn nach dem Zoo seine doppeltsoßige Herrenuhr mit Glaslinsen Wert im Werte von 6 Millionen Mark ein. — Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen wurde einem Lokomotivführer die Uhr gestohlen. Auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen sind ebenfalls hohe Belohnungen ausgesetzt.

Einschränkung in den Besitzer Heilstätten?

Die fürchtbare Not des Landes wirkt sich von Tag zu Tag in immer schlimmeren Maße aus. Der Unterbezirkstag für Brandenburg-Besthaveland-Jauch-Beitzig hat sich mit den Besitzer Heilstätten beschäftigt. Es stehen dort große Veränderungen bevor. Nicht weniger als der Hälfte der Ärzte und einem großen Teil des Personals ist zum 1. bzw. zum 15. Oktober gekündigt worden. Wie verlautet, fehlt es der Landesversicherungsanstalt Berlin an ausreichenden Mitteln, die Heilstätten als solche in vollem Umfange weiter betreiben zu lassen. Es ist geplant, die Abteilung für Augenranke jenseits der Bahn den kommenden Winter über zu schließen. Das Sanatorium diesseits der Bahn beabsichtigt man dagegen in der bisherigen Weise offen zu halten. Doch sollen neben nerdenklichen Frauen und Kindern fernerhin auch solche Augenleidenden Aufnahme finden, die keinerlei Anstaltsgefahr bilden.

Es ist zu hoffen, daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen ist. Bevor zu dergleichen einschneidenden Maßnahmen mit unberechenbaren Folgen geschritten wird, sollen alle Möglichkeiten zur Sanierung gründlich erogen werden.

Reichstagspräsident Genosse Löbe sprach gestern abend im Viktoria-Garten (Wilmersdorf) vor ca. 2500 Zuhörern über die „Politische Lage“. Von den schweren Erschütterungen ausgehend, denen Deutschland heute ausgeht, streifte der Redner an Hand eines großen Zahlen-Materials die Finanzwirtschaft des Reiches und geißelte in scharfen Worten die Steuer-Sabotage der Industrie und Landwirtschaft. Er zeigte das große Steuerrecht gegenüber den arbeitenden Klassen, die heute allein 90 Proz. der Einkommensteuer aufbringen müssen. In der Diskussion sprachen neben einem Volksparteiler mehrere Kommunisten. Während ersterer noch längeren Ausführungen über die Finanzen zugab, daß selbst der Abg. Stresemann erklärt habe, daß die Industrie Steuer-Sabotage treibe, ergingen sich die Kommunisten in sattem bekanntem Schrajen. In einem Schlussworte redmete Genosse Löbe mit den Rednern gebührend ab.

Ein Niederbarnimer Wierertag findet am Sonntag, den 9. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ von Roditz zu Bernau statt. Eingeladen sind sämtliche Wierervereine des Kreises Niederbarnim. Da leider nicht alle Adressen der Vertrauensleute richtig waren, und verschiedenen Polizeibeamten als unbetrieblar zurückblieben, werden die Interessenten an dieser Stelle zum Besuch eingeladen. Organisationsnachweis ist mitzubringen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Trocken und überwiegend heiter, wenn bei größtenteils schwachen östlichen bis nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Für den Kampffonds der USPD wurden von der 54. Abteilung (Charlottenburg) 40 000 M. gesammelt und von Gen. H. Damm an die Bezirkskasse abgeführt. J. A.: Alex Pagels.

1. Kreis, Grenzlaube Berg. Sonntag, den 8. Juli. Sommerfest in der Brauerei „Friedrichshagen“ unter Mitwirkung einer Künstlerkapelle, des Gesangsvereins „Brenzlauer Berg“, des Turnvereins „Fichte“ und der Arbeiterjugend. Kaffeebraten. Eintrittskarten im Vorverkauf 1000 M., Kinder frei. Anfang 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung im Saal.

11. Abt., Rosenthal. Die heutige Fünfklassenprüfung findet bei Schmidt, Lindenallee 44, statt, nicht bei Frische.

Jungsozialisten, Gruppe Schöneberg. Heute abend 8 Uhr „Kinderchor“, Feuertag 16. Mitgliederversammlung, Erheben der Fichte.

Gewerkschaftsbewegung

Indexgehälter im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Bankangestellten mitteilt, ist getrennt im Reichsarbeitsministerium zwischen den Tarifparteien des Bankgewerbes eine freie Vereinbarung über die Juli- und Augustbezüge der Bankangestellten zustande gekommen. Danach soll eine vor-aussichtliche Teuerung für Juli in Höhe von 37,5 Prozent durch fünfprozentige Malbezüge abgegolten werden. Für den Fall, daß die Teuerung mehr als 37,5 Prozent ausmacht, gemessen an der letzten Wochenindexziffer des Monats Juli gegenüber der letzten Juniwoche, so ist diese erhöhte Teuerung durch Nachzahlung abzugelten. Dieses Abkommen bedeutet, daß im Bankgewerbe eine Verbindung zwischen den Bezügen und dem Index hergestellt ist.

Eine Beamten-Internationale.

Wir sind bereits kurz berichtet haben, tagten in Wien am 2. und 3. Juli 1923 Vertreter der gewerkschaftlichen Beamtenverbände aus Frankreich, Holland, Österreich, Tschechoslowakei und Deutschland, um die Vorbereitungen zur Gründung einer allgemeinen Beamten-Internationale zu treffen. Sämtliche Vertreter der in Frage kommenden Gewerkschaften erklärten sich für die sofortige

